

# Jahresbericht 2013

# civique forum!org

Europäisches BürgerInnen Forum  
Forum Civique Européen



## Herausgeber

Europäisches BürgerInnenforum (EBF)

Forum Civique Européen

Postfach

CH-4004 Basel

Telefon: 061/262 02 47

Fax: 061/262 02 46

E-Mail: [suisse@forumcivique.org](mailto:suisse@forumcivique.org)

[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

Bildnachweis: S. 5, 8, 15: Archiv EBF, S. 13: Dédé l'Abeillaud, S. 18: afrique europe interact,  
S. 19: Save Rosia Montana.

# Jahresbericht 2013

## Inhalt

Das Europäische BürgerInnen Forum Schwerpunkte und neue Herausforderungen	4
Migration & Landwirtschaft El Ejido/Spainien: Informationsreise von SOC-Delegationen	6
Ernährung & Autonomie EU: Gesetze für Konzerne Saatgut-Tauschbörsen Widerstand gegen die EU-Saatgutverordnung Griechenland: Saatgut gegen die Krise Anleitung zur Samengärtnerei EU: Mikrochips in der Viehzucht Frankreich: Landbesetzung in Avignon	7 8 9 10 11 12 13
Flucht & Migration Schweiz: Abstimmungskampagne gegen Asylverschärfung Österreich: Kriminalisierung von Flüchtlingen Ukraine: Migration und Film Afrika/Europa: Autobiografie von Emmanuel Mbolela	15 16 16 17
Nah & Fern Rumänien: Widerstand gegen Rosia Montana und Schiefergas Mali: Hoffnung in Falea	19 20
Archipel Die Monatszeitung des Europäischen BürgerInnen Forums	22
Adressen des EBF	23
Spenden	23

# Das Europäische BürgerInnen Forum

## Schwerpunkte und neue Herausforderungen

Während des bald 25-jährigen Bestehens des EBF, seit seiner Gründung im Dezember 1989, haben sich unsere Interessen weiterentwickelt, ohne die Arbeit an den Schwerpunkten zu vernachlässigen, die noch heute aktuell sind: wie der Ost-West-Austausch und die Frage der Ausbeutung von Migrant\_innen in der industriellen Landwirtschaft Europas.

Ein neuerer Schwerpunkt betrifft die ländliche und bäuerliche Thematik, die der Beteiligung von Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen Longo mai am EBF zu verdanken ist. Wir haben uns in letzter Zeit mehr und mehr mit diesen Themen beschäftigt, weil sie überlebenswichtig sind. So setzen wir uns für Saatgut als Gemeingut ein und protestieren gegen die geplanten restriktiven Saatgut-Gesetze der Europäischen Union (EU). In einem grösseren Rahmen wenden wir uns gegen die immer grössere Expansion der industriellen Landwirtschaft und gegen den Versuch von einigen wenigen Konzernen, die ganze Ernährung der Menschheit unter ihre Kontrolle zu bringen.

Wir sind auch mit einer Frage konfrontiert, die genauso umfassend und weit reichend ist: Der Raubbau an Rohstoffen mit der Gefährdung der Umwelt und des Menschen. Neu stiessen wir in diesem Zusammenhang auf die Frage der Zukunft des Waldes. Wir stellen heute eine gefährliche Tendenz fest, die Wälder nur noch als Rohstofflieferanten für die Energieerzeugung zu betrachten. Deshalb setzen wir uns vehement gegen ein riesiges mit Holz betriebenes Kraftwerk ein, das der deutsche Energie-Riese E.On in Gardanne bei Marseille plant. Diese Entwicklung ist höchst beunruhigend. Nehmen wir zum Beispiel Grossbritannien: Der jährlich benötigte Rohstoff Holz für die zahlreichen bereits genehmigten Kraftwerke entspricht dem Neunfachen der gesamten Jahresproduktion der Wälder des Landes. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind die fortschreitende Zerstörung der Wälder auf der ganzen Welt und Neupflanzung von genveränderten Baumsorten in Monokulturen.

Die europäische Öffentlichkeit ist gut über die Verwüstung der tropischen Wälder auf dem Laufenden, dabei ist ihr weniger bekannt, dass den Wäldern bei uns und in unserer Nachbarschaft (wie in Rumänien und in der Ukraine) ein ähnliches Schicksal droht. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten zu

können, haben wir in Frankreich das Réseau pour les Alternatives Forestières (Alternatives Waldnetzwerk) mitbegründet, das sich neben der Erhaltung für eine schonende Nutzung unserer Wälder einsetzt.

Nicholas Bell, EBF  
Basel, im Mai 2014



**ca brûle pour la forêt !**

Une nouvelle menace pour les forêts du 04 et du 05, qui risquent de devenir des "zones d'approvisionnement prioritaire" (ZAP) pour la méga-centrale à biomasse prévue à Gardanne ; un projet faussement écologique.

**Réunion publique**  
**27 novembre à 19h**  
**Salle Pierre Michel à Forcalquier**

en présence du Collectif de Vigilance Citoyenne de Gardanne et de nombreux élus locaux

Contact : [nicholas.bell@gmx.net](mailto:nicholas.bell@gmx.net)  
04.92.73.04.05

Organisé par Radio Zinzine et le Réseau pour les Alternatives Forestières

Plakat für eine Informationsveranstaltung in Forcalquier zu dem geplanten Kraftwerk in Gardanne. Die gesamte Provence läge im Einzugsgebiet dieses Verbrennungsriesens.

# Migration & Landwirtschaft

## El Ejido, Spanien: Informationsreise von SOC-Delegationen

Die Industrialisierung der Landwirtschaft hat gravierende Folgen für Landarbeiter\_innen, Bäuer\_innen und Beschäftigte in der Nahrungsmittelindustrie. Sie sind die schwächsten Glieder in der Nahrungsmittelproduktion und sind oft schutzlos der Lohndrückerei ausgeliefert. Darum bereitete das EBF in der Schweiz mit Organisationen wie Uniterre, Solifonds, Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, Europäische Kooperative Longo mäi, l'autre syndicat, Bio Forum Schweiz, UNIA und SIT eine grosse Tagung zu diesem Thema vor. Sie fand im Februar des Berichtsjahres in Bern anlässlich einer Informationsreise von SOC-Gewerkschafter\_innen (SOC = Sindicato de Obrer@s del Campo) aus Andalusien statt. Mehr als hundert Personen beteiligten sich an den Debatten und den Workshops. Delegationen aus Andalusien berichteten von Februar bis April in zahlreichen Vorträgen in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland über die unhaltbaren Arbeitsbedingungen in der Verpackungsindustrie und in den Plastiktunnels des intensiven Gemüseanbaus in Almeria. Dort unterstützt das EBF weiterhin die Selbstorganisation der Landarbeiter\_innen, meist Migrant\_innen aus Marokko, afrikanischen oder südamerikanischen Staaten. Seit 2012 unterhält die SOC, die Partnerin des EBF vor Ort, auch eine erste Sektion in einem Gemüseverarbeitungs- und Verpackungsbetrieb (Bio Sol). Da durch die Krise viele Menschen kein Einkommen mehr haben und in ihrer Existenz bedroht sind, organisierte die SOC zudem mehrere Landbesetzungen von nicht bewirtschaftetem Boden (z.B. das Landgut Somonte in der Provinz Cordoba).

Alleine in Österreich konnten 6 Veranstaltungen, 2 Fachgespräche, 2 Unternehmensbesichtigungen, 2 Hofbesichtigungen und 4 Interviewtermine dank der Zusammenarbeit mit dem gewerkschaftlichen Bildungsverein „Weltumspannend Arbeiten“ absolviert und somit etwa 350 Personen erreicht werden. Es waren zum größten Teil Multiplikator\_innen aus Gewerkschaften, Repräsentant\_innen landwirtschaftlicher Interessenvertretungen sowie Kreise der Katholischen Kirche. Vor allem mit Aktivist\_innen der katholischen Arbeitnehmer\_innenbewegung gelang es, verbindliche Kontakte zu knüpfen, die seither die Aktivitäten der SOC weiter verfolgen. Ein Schwerpunkt der Berichterstattung der SOC-Delegation war die gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb Bio Sol.

In Deutschland wurde die Delegation in Hannover, Bremen, Hamburg und Berlin empfangen. Dieser Teil der Reise wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

sowie von NoLager Bremen und der interventionistischen Linken mitorganisiert. Am Tag nach der letzten Abendveranstaltung fand ein Multiplikator\_innen-Gespräch im Büro der Anwaltsvereinigung ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights) in Berlin statt. Mit dabei waren Vertreter\_innen von Gewerkschaften und Menschenrechtsvereinigungen, die sich für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte entlang der gesamten Wertschöpfungskette einsetzen – so wurde bei diesem Termin ausführlich besprochen, wie die Supermärkte, die Gemüsewaren aus Almería verkaufen, dazu gebracht werden können, die Rechte von Landarbeiter\_innen zu respektieren.

## Ernährung & Autonomie

EU: Gesetze für Konzerne

Transnationale Konzerne schaffen, dank staatlicher Hilfe, heute überall Vertragswerke, die im Wesentlichen nur ihren Profitinteressen dienen und die demokratische Rechtsprechung unterlaufen. (Ganz typisch dafür sind die Verhandlungen zum Regelwerk TAFTA Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union.) So geschieht es auch beim Saatgut. Die Samenvielfalt schrumpft auf der ganzen Welt zusammen. Durch Patente und Monopole bieten Saatgutmultis Ware an, die nicht mehr nachgebaut werden darf und kann. Neben Wasser, Erde und Luft ist das Saatgut ein jahrtausendaltes Allgemeingut, das der Privatisierung entrissen werden muss. Dies ist nur möglich, wenn sich Menschen aus Stadt und Land für die Artenvielfalt und freies Saatgut einsetzen und selber solches anbauen und verbreiten. Seit mehreren Jahren setzt sich das EBF für das althergebrachte Recht der Bäuerinnen und Bauern ein, eigenes Saatgut zu produzieren. Die Saatgutkonzerne versuchen, durch Druck auf die Regierungen langjährige geistige Eigentumsrechte auf ihre Sorten gesetzlich zu verankern, die den Bäuerinnen und Bauern verbieten, ihre geschützten Sorten nachzubauen. Sie haben ihre Forderungen in den UPOV-Verträgen festgelegt, und in regelmäßigen Abständen erhöht, zuletzt in der Übereinkunft UPOV 91. Inzwischen verlangen sie auch, die Produktion und Verbreitung nicht geschützter Sorten stark zu reglementieren, um sie vom Markt zu verdrängen. Davon sind Sorten

von kleineren Saatgutzüchter\_innen betroffen, die vor allem für den biologischen Anbau arbeiten, und alle alten nicht registrierten Sorten, die ursprünglich unsere Pflanzenvielfalt gebildet haben. Betroffen sind davon in Europa vor allem jene Organisationen, die seit vielen Jahren bemüht sind, diese Vielfalt zurück zu holen und wieder für den Anbau zu verbreiten.

## Saatgut-Tauschbörsen

Das EBF hat einen Schwerpunkt darauf gelegt, die Praxis der Samentauschbörsen wieder zu verbreiten, die die Menschen ermutigt, eigenes Saatgut zu gewinnen und mit anderen Menschen auszutauschen. Dabei arbeitet es weiterhin eng mit der Kampagne für Saatgutsouveränität zusammen ([www.saatgutkampagne.org](http://www.saatgutkampagne.org)). Auf diesen Tauschbörsen wird Saatgut nicht mehr als Ware betrachtet, sondern als eine Lebensgrundlage, die jedem zusteht. In diesem Zusammenhang fand im März eine internationale Saatgut-Tauschbörse in Thurauen in der Schweiz statt, an der ungefähr 30 Teilnehmer\_innen aus verschiedenen Ländern (Rumänien, Slowenien, Österreich, Griechenland und Deutschland und Frankreich) mit zahlreichen Initiativen aus der Schweiz zusammen kamen. Die Veranstalter\_innen waren Pro Specie Rara, das Thurauenzentrum und Longo maï, unterstützt vom EBF.



In Thurauen konnten sich die Teilnehmer\_innen nach Belieben mit Saatgut für die neue Gartensaison eindecken.

In Deutschland, Österreich und den Niederlanden finden von Jahr zu Jahr mehr Saatgut-Tauschbörsen statt, über die viele Menschen ganz konkret mit den Saatgutfragen konfrontiert werden. Bei diesen Anlässen wird häufig auch der Film „Widerständige Saat“ gezeigt, der 2011 bei der ersten internationalen Saatgut-Tauschbörse in Brüssel und der anschließenden Demonstration zum EU-Parlament gedreht wurde.

## Widerstand gegen die EU-Saatgutverordnung

Im Mai 2013 hat die EU-Kommission ihren Entwurf für eine europaweit einheitliche Saatgutverordnung vorgelegt, über die bereits seit mehreren Jahren diskutiert wurde. Die Verordnung ist Teil eines Verordnungspaketes über Pflanzengesundheit, Tiergesundheit und ein neues Kontrollsystem der EU für diese Bereiche. Eine breite Diskussion entstand leider nur über die Saatgutverordnung, da die anderen Verordnungen vorher nicht an die Öffentlichkeit gelangt waren.

Schon bei einem ersten Studium des Entwurfes wurde klar, dass er die wesentlichen Forderungen der Nicht-Regierungsorganisationen für die Förderung der biologischen Vielfalt und den Schutz der bäuerlichen Rechte nicht berücksichtigt. Um im Weiteren eine fundierte und gemeinsame Auseinandersetzung führen zu können, hat sich das EBF in Deutschland und Österreich an Treffen mit allen interessierten und betroffenen Organisationen beteiligt, an denen die Verordnung im einzelnen analysiert wurde und gemeinsame Standpunkte und Forderungen erarbeitet wurden. Hauptinitiatorin dieser Versammlungen war die Organisation Arche Noah aus Österreich, die auch zwei ständige Vertreter\_innen nach Brüssel geschickt hatte, um dort die erarbeiteten Positionen zu vertreten und unter den Abgeordneten bekannt zu machen. Die EU-Verordnung verlangt grundsätzlich, dass alle Sorten, die in Umlauf gebracht werden, registriert und zugelassen sind. Alle anderen Sorten, für die eine Zulassung entweder zu teuer wäre oder die den Zulassungskriterien nicht entsprechen, können nur noch im Rahmen von Ausnahmeregelungen angebaut werden. Die Ausnahmeregelungen sind in der Verordnung allerdings erst grob umrissen, die Einzelheiten will die Kommission festlegen, wenn die Verordnung angenommen wurde. Klar ist, dass die Ausnahmeregelungen eine Zumutung

sind für alle Organisationen, die die Vielfalt der Kulturpflanzen vermehren wollen. Insgesamt übergibt die Verordnung die alleinige Zuständigkeit für den Saatgutverkehr der EU-Kommission bzw. der von ihr geschaffenen Kontrollorganisationen. Die einzelnen Länder haben in diesem Fall keinerlei Spielraum der eigenen Gestaltung.

Demgegenüber lautet die einfache Forderung des EBF, der Kampagne für Saatgutsouveränität, Arche Noah und vieler anderer Organisationen: keinerlei gesetzliche Regelung für samenfeste Sorten. Im Unterschied zu chemischen oder pharmazeutischen Produkten geht von diesen Sorten keinerlei Gefährdung aus.

Ob der Vorschlag der Kommission in Kraft tritt, entscheiden das Europäische Parlament und der Europäische Ministerrat. Deshalb hat hauptsächlich Arche Noah und die Kampagne für Saatgutsouveränität den Kontakt zu möglichst vielen EU-Abgeordneten gesucht, um sie über die Auswirkungen dieser Verordnung und über die gemeinsamen Forderungen zu informieren. Eine Abstimmung über die Verordnung findet erst im Frühjahr 2014 statt.

## Griechenland: Saatgut gegen die Krise

Im Mai 2013 hat sich das EBF wieder am Saatgutfestival von Peliti in Paranești in Nordgriechenland beteiligt. Peliti ist ein Netzwerk, das in vielen Regionen und auf vielen Inseln des Landes für den Erhalt alter Saatgut-Sorten kämpft und durch deren Reproduktion die Artenvielfalt Griechenlands schützen will. Tausende Menschen kamen zu dem Fest, wo etwa 25.000 Samenpakete getauscht oder unentgeltlich verteilt wurden. Das EBF verteilte ebenfalls viele Samenbeutel mit Saatgut, das auf den Höfen von Longo maï gezüchtet wurde. Die grosse Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in Griechenland hat ein breites Interesse für Saatgut und selbständiges Produzieren von Nahrungsmitteln hervorgerufen. Nach dem Festival fand ein internationales Treffen statt mit Teilnehmer\_innen aus Deutschland, Australien, Bulgarien, Frankreich, Indien, Italien, Portugal, Rumänien, Venezuela und anderen Ländern. Dabei konnte das Vorgehen gegen die immer restriktiveren EU-Gesetze und gegen die Freihandelsverträge im Interesse der transnationalen Konzerne, aber auch unsere Zukunft und gemeinsame Prioritäten und Aktionen besprochen werden.

Diese Reise bot auch die Gelegenheit, die Freund\_innen im Medical Center in Thessaloniki zu besuchen und jene erneut zu treffen, die gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in diesem Ballungsraum kämpfen. Es konnte in Erfahrung gebracht werden, wie es dem Komitee gegen das riesige Goldminen-Projekt geht; die kollektiven Gärten auf der Brache eines Grundstückes der Armee wurden besichtigt, und mit Aktivist\_innen in einem selbstverwalteten Sozialzentrum kam ein Gespräch zustande. Wir haben versucht, die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in Griechenland zu verstehen. Resultat dieser Begegnungen und Gespräche: zahlreiche Interviews als Grundlage für mehrere Sendungen für das Programm von Radio Zinzine, einem freien Radio in der Region Provençes Alpes Côte Azur. ([www.radiozinzine.org](http://www.radiozinzine.org))

## Anleitung zur Samengärtnerei

Der Lehrfilm Saatgut ist Gemeingut – Anleitung zur Samengärtnerei richtet sich an alle, die Saatgut selbst vermehren und sich so für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt einsetzen wollen. Als Lehrmittel konzipiert, soll er das Verständnis für die Entwicklung der Pflanzen, vom Samen wieder bis zum Samen, die Blütenbiologie der verschiedenen Pflanzenfamilien und ihre Befruchtung vermitteln. Er soll weiter die vielfältigen Handgriffe und Methoden aufzeigen, die beim Anbau, Ernten, Sortieren und Lagern von Saatgut im Garten angewendet werden. Die Erhaltung von bäuerlichen Sorten könnte so wieder von einer möglichst grossen Anzahl von Leuten mitgetragen werden. Der Lehrfilm, der vom EBF gefördert und von Mitgliedern von Longo maï produziert wird, soll Saatgutinitiativen weltweit unterstützen.

Seit mehr als einem Jahr arbeitet das Filmteam an der Realisierung. Dazu konnten in den Gärten von Saatgutproduzent\_innen des französischen Vereins Kokopelli, den Kooperativen Longo maï in Südfrankreich und im Zentralmassiv Aufnahmen gemacht werden. Im Berichtsjahr wurde vor allem die Entwicklung der zweijährigen Pflanzen gefilmt.

Dank der zahlreichen Unterstützung für die Subskription und der Bereitschaft der Gärtner\_innen und Freund\_innen, die bei den Aufnahmen und dem Schnitt helfen, besteht die Hoffnung, dass der Film im Winter 2014 fertig gestellt sein wird: also rechtzeitig für die Aussaaten im Frühjahr 2015!

## EU: Mikrochips in der Viehzucht

Seit einigen Jahren wehren sich eine zunehmende Anzahl von europäischen Viehzüchter\_innen gegen die aufgezwungene elektronische Erfassung ihrer Wiederkäuer. Die obligatorische elektronische Erfassung der Herden seit 2010 ist absurd, unnötig und steht in einem grundsätzlichen Widerspruch zur bäuerlichen Tierzucht, insbesondere im pastoralen Bereich der Schafhaltung im Gebiet der Alpen, wo die Tiere meist lokal verkauft werden. Kurz vor Weihnachten 2012 wurde eine Kleinbauernfamilie – Pioniere des biologischen Landbaus im Departement Drôme – mit einer Busse von 20.000 Euro wegen dreissig nicht konform erfassten Schafen abgestraft. Die Entrüstung im ländlichen Umfeld war gross und fand ihren Ausdruck in zwei grossen Kundgebungen, besser gesagt: in Strassenwanderungen mit Schafherden. Das EBF unterstützte auch im Berichtsjahr den Widerstand der Züchter\_innen, indem es über das Vorgehen der Behörden in der Öffentlichkeit informierte und internationale Verbindungen knüpfte.

Die demonstrierenden Wiederkäuer im Departement der Drôme im Monat Januar und in den Alpes de Haute Provence im Monat Mai fanden eine breite Beachtung sogar in den nationalen Medien.

Am 17. Oktober publizierte der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Urteil betreffend einer von deutschen Bauern-Kolleg\_innen gegen die EU-Verordnung am 29. Mai 2013 in Luxemburg eingereichten „Vorabentscheidungsfrage“. Entgegen den Erwartungen berücksichtigte der Gerichtshof keines der Argumente, welche die Gültigkeit des europäischen Erlasses in Frage stellten. Schottische Bäuerinnen und Bauern machten über ihre parlamentarische Vertretung einen weisen Änderungsvorschlag gegen die obligatorische Erfassung aller Tiere: Herden, die auf dem Bauernhof bleiben, sollen nicht gezwungenermaßen erfasst werden. Diese Anregung fand leider nur die Stimmen der linken Parlamentarier\_innen im Europa-Parlament.

Die großbäuerliche Nomenklatura Frankreichs ist sehr stolz darauf, die elektronische Erfassung der landwirtschaftlichen Nutztiere gefördert zu haben. Doch ein interner Bericht im französischen Landwirtschaftsministerium kritisiert ganz offen die heutige Umsetzung, ihre fehlende Wirtschaftlichkeit und besonders die Sinnlosigkeit dieser Maßnahme im Bereich der Schafzucht.

Das französische Landwirtschaftsministerium hat Vertreter\_innen der widerständigen Schafzüchter\_innen empfangen. Trotzdem wird der Widerstand an

vielen Orten streng geahndet. Sechs neue Strafmaßnahmen – gleich schwer wie die ersten – sind bekannt geworden: fünf im Süden (Tarn, Ardèche, Var) und eine in der Bretagne. Die aktiven Verweigerer der elektronischen Erfassung ihrer eigenen Tiere werden durch die Verwaltungsmaschinerie wirtschaftlich ruiniert und niemand will die politische Verantwortung für dieses Vorgehen übernehmen. Alle verstecken sich hinter dem mittlerweile zur Litanei gewordenen Satz: Nicht wir sind es, Europa und Brüssel wollen dies so.

## Frankreich: Landbesetzung in Avignon

Vor zwei Jahren hat sich der langjährige Widerstand gegen einen weiteren Grossflughafen, ein so genanntes „grand projet inutile“ (ein grosses, sinnloses Bauprojekt), in der Nähe von Nantes neu formiert und aktiviert. Der Kampf in Notre-Dame-des-Landes gegen den Flughafen zeigt seither, wie erfolgreich und wichtig Landbesetzungen sein können. Sie eröffnen Freiräume und spinnen Netzwerke. Trotz massiver Repression schaffen es die Besetzer\_innen, Zehntausende von Menschen auf die Straße zu bringen und landesweit mehrere hundert Unterstützungskomitees zu gründen.

Der Protest gegen die Umfahrung „Leo“ nahm verschiedene Formen an, von Demonstrationen bis zum Bepflanzen von enteignetem Land, das brach lag.



Nach diesem Vorbild haben im April des Berichtsjahres Aktivist\_innen des EBF an einer Landbesetzung im Süden von Avignon teilgenommen. Es galt, eine grosse Umfahrungsstrasse zu verhindern, welche die letzten fruchtbaren Böden zwischen der Stadt und dem Fluss Durance zubetoniert hätte. Es sollten die Autobahnen A7 und A9 verbunden werden, die eine führt Richtung Italien via Marseille, die andere Richtung Spanien. Beide sind wichtige Strecken für z. B. den Transport von Gemüse aus den „Plastikmeeren“ der Peripherie Europas. Das Projekt war in drei Trassen unterteilt, wobei die erste, trotz Widerstand, schon realisiert wurde. Zusammen mit einem in kühlem Glas-Stahl-beton gehaltenem TGV-Bahnhof hat sie hunderte Hektaren guten Bodens versiegelt und eine andere Lebensart gleich mit.

Bis vor kurzem dachte kaum noch jemand an die beiden folgenden Milliarden schweren Abschnitte. Aber im März 2012 gelang es den Promotoren dieser Umfahrung - LEO genannt – Gelder aus den verschiedenen staatlichen Struktur- und Entwicklungstöpfen zu mobilisieren. Seitdem ging es rasant in die falsche Richtung. Dagegen wurde einige Woche lang auf einer Brachfläche von mehreren hundert Menschen ein provisorisches Camp installiert. Mit Diskussionen, Workshops zu Gartenbau und Landwirtschaft, Vernetzungen und natürlich Musik. Nach wenigen Wochen wurde bekannt, dass das Umfahrungsprojekt LEO erst in einigen Jahren verwirklicht werden soll. Die Gelder würden anderweitig eingesetzt. Die lokalen Behörden führen aber vorsorglich auf dem geplanten Verlauf der Trasse weitere Enteignungen von Boden durch.

# Flucht & Migration

## Schweiz: Abstimmungskampagne gegen Asylverschärfung

Ende 2012 beteiligten sich das EBF und das CEDRI federführend an der Ergreifung des Referendums gegen die dringlichen Verschärfungen des Asylgesetzes, die durch das Parlament gepeitscht wurden. Ihre wichtigsten Punkte waren die Abschaffung des Botschaftsasyls, die Abschaffung der Desertion als Asylgrund und die Einführung von geschlossenen Zentren für sogenannte „renitente“ Flüchtlinge.

Am 17. Januar 2013 reichte das Referendumskomitee 63'224 gültige Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Aufgrund der schwierigen Ausgangslage – die grossen Hilfswerke und Parteien hatten sich nicht an der Unterschriftensammlung beteiligt – war das klare Zustandekommen des Referendums umso erfreulicher. Somit wurde gezeigt, dass auch kleinere, fest entschlossene Gruppen bei der Gestaltung der politischen Agenda mitwirken können. Die Parlamentsdienste setzten die Volksabstimmung auf den 9. Juni an. Somit hatte das Abstimmungskomitee nur vier Monate Zeit, seine Argumente gegen die Verschärfungen in der Öffentlichkeit darzulegen.

Obwohl das Komitee sehr rasch einen spürbaren Suktors der grossen Organisationen und Parteien erhielt, gestaltete sich die Abstimmungskampagne als schwierig. Denn die sozialdemokratische Bundesrätin Simonetta Sommaruga machte mit den bürgerlichen Parteien gemeinsame Sache und verteidigte diese Verschärfungen, die sie als Beschleunigung im Interesse der Asylbewerber\_innen verkaufte, sehr engagiert. Es gelang ihr dann auch, beträchtliche Teile des rot-grünen Lagers für ihre Ansinnen zu gewinnen. 78% der Bevölkerung legten am 9. Juni ein JA zur Verschärfung in die Urne, was einem Negativ-Rekord bei ähnlichen vorhergehenden Abstimmungen gleichkommt.

Was trotzdem als erfreulich zurückgehalten werden kann: Durch diese Abstimmungskampagne hat eine spürbare Erneuerung und Verjüngung der Asylbewegung stattgefunden.



Demonstration in Basel vor der Abstimmung über das Referendum gegen die Asylverschärfung.

## Österreich: Kriminalisierung von Flüchtlingen

Im Frühjahr 2013 verließen die protestierenden Flüchtlinge aufgrund des stärker werdenden Drucks der Polizei die Wiener Votivkirche und übersiedelten ins Servitenkloster, das ihnen von der Caritas zu Verfügung gestellt wurde. Im Sommer des Berichtsjahres fand dort eine brutale Razzia statt, bei der mehrere pakistanische Flüchtlinge abgeschoben wurden und andere unter dem faden-scheinigen Vorwurf, Teil eines Schlepperrings zu sein, in Untersuchungshaft kamen. Für diesen infamen Angriff war Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner verantwortlich. Die Refugee-Bewegung hat seitdem einen schweren Rückschlag erlitten und kämpft gegen die Kosten an, die im Zuge der anstehenden Gerichtsprozesse entstanden sind. Das EBF konnte finanzielle Unterstützung für die juristische Hilfe leisten. Aktuelle Informationen unter: <http://refugeecampvienna.noblogs.org>

## Ukraine: Migration und Film

Das Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien (CAMZ), eine Partnerorganisation des EBF in der Ukraine, setzte im Berichtsjahr seine Arbeit im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen und Migrant\_innen fort, die an der Aussengrenze der EU in die Ukraine zurückgeschoben werden. Der Aufbau eines Bereiches der Rechtshilfe hatte sich schon länger aufgedrängt. Eine Juristin konnte für diese Aufgabe gefunden werden. Seit Anfang 2013 berät sie regelmäßig Flüchtlinge und Migrant\_innen. Die Schwerpunkte der Arbeit sind jedoch die soziale Betreuung und die medizinische Versorgung der Migrant\_innen. Die Beobachtung der Berichterstattung in den Medien und der illegalen Ausweisungen aus Ungarn und der Slowakei in Richtung Ukraine konnte durch regelmäßige Treffen mit unseren Partner\_innen in diesen Ländern verbessert werden. Das EBF unterstützte auch 2013 die gesamte Arbeit des CAMZ.

Im November 2013 empfing das CAMZ eine Delegation der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen aus der Schweiz. Die Reise wurde in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Bistro von Stans (NW) organisiert. Die Delegation hat die Haftanstalt in Chop sowie temporäre Flüchtlingszentren besucht und Migrant\_innen und Flüchtlinge getroffen, die in Uschgorod wohnen. Die Schweizer Delegation nahm auch an einer vorbereitenden Sitzung für

das III. Kurzfilm-Festival 2014 in Uschgorod teil, das unter dem Motto stand: Migration: Versuch, zu entkommen oder das Recht auf ein besseres Leben? Das Hauptziel des Filmwettbewerbs ist es, die Aufmerksamkeit von jungen, aktiven und kreativen Menschen für die Themen Einwanderung, Auswanderung, Integration, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Überwachung der Menschenrechte zu gewinnen. Der Schweizer Regisseur Fernand Melgar konnte auf Vermittlung des EBF für die Jury des Festivals gewonnen werden, (an dem er im Januar 2014 auch seinen Film Vol Special zeigen wird). Darüber hinaus wurde das CAMZ regionaler Partner von DocuDays, einer Organisation, die Dokumentarfilmfestivals über die Menschenrechte initiiert. Hauptziel dieser Film-Events ist es, das Niveau der ukrainischen Filmemacher\_innen zu verbessern und durch einen offenen Dialog über die Würde des Menschen und seine Rechte, die Grundlagen für die demokratische Zukunft des Landes zu fördern. In diesem Jahr standen Filme und Debatten bei den DocuDays Festivals unter dem Thema „Die Wahl besteht“. Dabei sollte den ukrainischen Zuschauer\_innen vermittelt werden, dass sie die Wahl haben, ein diktatorisches Regime zu akzeptieren oder aber Widerstand zu leisten, zu Hause zu bleiben oder bei Protestaktionen mit zu machen, Korruption zu erleiden oder Transparenz zu fordern, Gewalt in der Familie über sich ergehen zu lassen oder dagegen zu kämpfen. Wir haben immer eine Wahl: Unter diesem Titel organisierte das CAMZ am 5. und 6. Dezember 2013 mehrere Film-Projektionen mit anschließenden Gesprächen, als bereits Tausende von Menschen auf dem Maidan-Platz in Kiew gegen Korruption und Willkür demonstrierten.

### Afrika/Europa: Autobiografie von Emmanuel Mbolela

Nach wie vor gibt es eine rege Zusammenarbeit zwischen dem EBF und der Initiative Afrique Europe Interact (AEI). In diesem Zusammenhang wurde die Publikation der Autobiographie von Emmanuel Mbolela aus der Demokratischen Republik Kongo vorbereitet. Mbolela ist Aktivist bei AEI und lebt seit einigen Jahren in den Niederlanden. Er musste den Kongo als politisch aktiver Student verlassen und flüchtete durch mehrere westafrikanische Länder und durch die Sahara nach Marokko, wo er eine der ersten Organisationen für subsaharische Sans Papiers gründete. Nach etlichen Jahren des politischen

Kampfes für die Rechte der in Marokko gestrandeten Migrant\_innen bekam er endlich Asyl in den Niederlanden. Afrique Europe Interact übersetzte seine Geschichte gemeinsam mit dem EBF auf deutsch. Das Buch soll im Wiener Mandelbaum Verlag im Mai 2014 erscheinen. Damit wird ein weiterer Baustein in der Zusammenarbeit von Basisinitiativen zwischen Europa und Afrika gelegt. Buchbestellungen: <http://www.mandelbaum.at/books/764/7508>



Emmanuel Mbolela

## MEIN WEG VOM KONGO NACH EUROPA

Zwischen Widerstand,  
Flucht und Exil



# Nah & Fern

## Rumänien: Widerstand in Rosia Montana und Schiefergas

Im Jahr 2013 gab es eine Reihe von Protestwellen, die sich jeweils mit kleinen Dörfern solidarisierten: allen voran und mit dem breitesten Mobilisierungspotential die Kampagne zur Rettung von Rosia Montana. Dort, wo sich heute dieses bald 2000-jährige Dorf befindet, will ein kanadisches Joint-Venture-Unternehmen namens „Gabriel Resources“ Europas grössten Goldtagebau errichten. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Hauptaktionäre dieser Gesellschaft ist ausgesprochen aufschlussreich... man findet unter den Beratern sogar Alan Greenspan. Seit mehr als zehn Jahren wehrt sich eine Bürger\_inneninitiative dagegen. Die letzten – auch verfassungswidrigen – Versuche der Bukarester Politik, mit verschiedenen Gesetzen unumkehrbare Fakten zu schaffen, brachten Hunderttausende in Rumänien und weltweit auf die Strasse. Vorerst herrscht Ruhe, aber eine definitive Absage des Vorhabens steht noch aus.

Weitaus schwieriger ist die Lage hinsichtlich des neu aufgekommenen Themas Schiefergas-Förderung. Hier begannen breite Proteste gegen eine nun im Bau befindliche Sonde des Energieriesen Chevron in Ostrumänien. Im Sommer kamen dann verzweifelte Hilferufe von Anwohner\_innen mit Aktionen gegen illegale Erkundungsarbeiten einer Firma in Siebenbürgen hinzu. Mittlerweile ist die Situation ziemlich unübersichtlich, da wöchentlich Meldungen zu neu errichteten Erkundungsbohrungen erscheinen. Betroffen sind zumeist entlegene Ortschaften. Die Regierung setzt alles daran, Konzessionen zu erteilen. Bis zu 70% der Landesfläche sind für unterschiedliche

Im Herbst 2013 protestierten überall in Rumänien tausende Menschen gegen ein Sondergesetz zur Genehmigung des umstrittenen Goldtagebaus. Auf dem mittleren Banner steht: „Die Regierung des Verrats hat der Geduld ein Ende gemacht.“



Erkundungen freigegeben. Ein Dorf, das Widerstand leistet, gilt seit Anfang Dezember als Gefahrenzone mit fast unbegrenzten polizeilichen Befugnissen. Vertreter\_innen des EBF waren wiederholt vor Ort präsent und berichteten über die Vorgänge. So wie die Verbindung mit der Kampagne „Save Rosia Montana!“ vor vielen Jahren entstanden ist, versucht nun das EBF in den Initiativen gegen den Schiefergas-Abbau Ansprechpartner\_innen zu finden und beispielsweise beim Aufbau von Rechtshilfestrukturen mitzuwirken.

## Mali: Hoffnung in Falea

Seit der Katastrophe vom 11. März 2011 in Fukushima sinkt der Preis für das kommerzialisierte Uran (Yellowcake). Diese Entwicklung verzögert den Abbau neuer Uran-Vorkommen. Das ist gut so. Dies hat auch Konsequenzen für die Gemeinde Falea in Mali, mit der das EBF jetzt schon seit ein paar Jahren zusammenarbeitet. Die Explorationsfirma in Falea, „Rockgate Capital Corporation“ wurde von der Uranabbau-Gesellschaft DENISON (Kanada) Ende 2012 zu 100 % übernommen. Die Exploration für eine Uranmine wurde vorläufig abgebrochen; die Idee einer Umweltverträglichkeitsprüfung und die von den Einwohner\_innen und ihrer Bürgerinitiative geplante Volksbefragung sind daher auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Bewohner\_innen von Falea dürfen hoffen, dass die Realisierung der geplanten Uranmine erst in einigen Jahren akut wird.

Ein Gerücht kursiert in Falea, dass sich die Gesellschaft CAMECO ebenfalls zurückziehen will. CAMECO hatte den Bauxitabbau in Falea projektiert und gegen Ende des Jahres alle Maschinen weggebracht.

Sicherlich sind diese positiven Entwicklungen, zumindest teilweise, auf die Aktivitäten des EBF, seiner Partner\_innen vor Ort und der Unterstützer\_innen aus Europa zurückzuführen. Die Vereinigung der Angehörigen und Freund\_innen von Falea (ARACF) ist sehr aktiv. Seit 2011 sendet ein Lokalradio und kommuniziert mit der Bevölkerung, zwölf Bürgermeister des Kreises von Kéniéba verfassten eine gemeinsame Erklärung gegen die geplanten Minen, und ein juristisches Hilfskomitee ist an der Arbeit. Mit der erneuten Teilnahme von Einwohner\_innen Faleas, nach der Konferenz „Uranium, Gesundheit und Umwelt“ in Bamako im März 2012, an der Nachfolgekonferenz in Dar Es

Salaam in Tanzania im Oktober 2013 konnten Proteste und Kontakte ausgeweitet werden. In Europa wurde die Ausstellung „Uran bedroht ein Dorf“ im Monat Juni des Berichtsjahres in einer grossen Durchgangshalle des Europaparlaments in Brüssel gezeigt. Dazu kommt, dass der international zirkulierende Aufruf von Falea „Kein Uranabbau ohne Menschenrechte, Demokratie und Respekt der Umwelt“ grosse Beachtung fand. Und nicht zuletzt war es die Stadt Genf, die ihrem Engagement für Falea auch im Jahre 2013 treu geblieben ist. Um in der weitläufigen Gemeinde von Falea mobil sein zu können, wurde ein zehnpfätziger Toyota 4X4 angeschafft, der seit Februar im Einsatz ist und auch als Sanitätsfahrzeug benutzt werden kann.

Politischer Kontext:

Es findet in Mali eine sogenannte Normalisierung unter französischer Aufsicht statt. Das Resultat der Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli und 11. August 2013 entsprach den Interessen der ehemaligen Kolonialherren. Die EU hat für die Beobachter\_innenmission der Parlamentswahlen im November und Dezember 3,2 Millionen € eingesetzt. Trotzdem kam es zu einigen Zwischenfällen in der Region von Kidal (Nordmali). Befremdend ist die Tatsache, dass sich Frankreich von den marginalen bewaffneten Kräften, die eine Aufteilung Malis vorantreiben, nicht distanziert.

# Archipel

Archipel, die Monatszeitschrift des Europäischen BürgerInnenforums (EBF), erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr in Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 8'000 Exemplaren. Sie wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können.

Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Das Archipel-Archiv finden Sie unter: [www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

# Spenden

Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachter\_innendelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

Kostensparendes Verfahren

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie mit Ihrer Unterschrift auf der jeweiligen Belastungsanzeige die Zahlung rückgängig machen.

## Adressen des EBF

Schweiz:  
Europäisches BürgerInnen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13, Postfach 1848  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 02 47  
E-Mail: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

Deutschland:  
Hof Ulenkrug  
Stubbendorf 68  
D-17159 Dargun  
Tel.: +49-399 59-20 329  
E-Mail: [de@forumcivique.org](mailto:de@forumcivique.org)

Frankreich:  
Hameau de St-Hippolyte  
F-04300 Limans  
Tel.: +33-492 73 05 98  
E-Mail: [fr@forumcivique.org](mailto:fr@forumcivique.org)

Ukraine:  
Vul. Borkanyuka 97  
UA-90440 Nizhne Selishche  
Khust, Zakarpattia  
E-Mail: [ua@forumcivique.org](mailto:ua@forumcivique.org)

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Bad Eisenkappel  
Zelezna Kapla  
Tel.: +43-42 38-87 05  
E-Mail: [at@forumcivique.org](mailto:at@forumcivique.org)

Rumänien:  
Joachim Cotaru  
Str. Bisericii 234  
RO-557168 Hosman (SB)  
E-Mail: [ro@forumcivique.org](mailto:ro@forumcivique.org)

Internetseite:  
[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

## Spendenkonto

Spenden in CHF an: PC 40-8523-5  
Spenden in Euro an: Komitee Europ. Bürgerforum Schweiz  
BKB-EURO-KONTO  
IBAN: CH56 0077 0016 5490 9272 8  
BIC : BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

**civique**  
**forum!org**

Europäisches BürgerInnen Forum  
Forum Civique Européen